

A5 Ausbildung in BaWü -- Ein Aushängeschild noch besser machen!

Antragsteller*in: Fabian Braun
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Einleitung:

Die Ausbildung ist ein zentraler Pfeiler des gesellschaftlichen Aufstiegsversprechens in unserem Land. Wer eine Ausbildung beginnt, muss sich darauf verlassen können, dass sie zur sozialen Mobilität beiträgt – unabhängig von der finanziellen Unterstützung des Elternhauses.

Um die Ausbildung zu stärken und jungen Menschen eine zukunftsgerichtete Perspektive zu bieten, braucht es strukturelle Reformen und gezielte Investitionen.

Ziel unseres Antrags ist es, den Aktionsplan „Mehr Mut zur Jugend“ der GJBW durch konkrete, praxisnahe Ergänzungen zu stärken und weiterzuentwickeln.

Aus diesem Grund fordern wir Folgendes:

Wohnen/Azubiwerke:

Die Mietpreiskrise macht auch vor Auszubildenden nicht Halt. Besonders in urbanen Ballungsräumen verhindern hohe Mieten vielfach, dass Ausbildungen überhaupt erst begonnen werden können. Deshalb ist der Ausbau des Angebotes an Azubiwohnungen und ihre gezielte Förderung elementar.

Um Auszubildende zu organisieren und vor allem bei außerbetrieblichen Themen besser unterstützen zu können, fordern wir den strukturierten Aufbau von Azubiwerken in Baden-Württemberg:

Diese sollen sich, analog zu Studierendenwerken, um Belange wie den Ausbau von Azubi-Wohnheimen, Beratung zu staatlichen Förderungen, mentaler Gesundheit und allgemeinen Austausch und Freizeitangebote kümmern.

Die Einrichtung von Azubiwerken ermöglicht es auch kleineren Unternehmen und Betrieben, einfacher Wohnraum für ihre Auszubildenden zu schaffen.

Bereits bestehende Azubiwerke bzw. entsprechende Konzepte in Hamburg, München und Aachen verwirklichen den Ansatz teils schon seit 2016 und zeigen dessen Vorteile. Dies sollte Baden-Württemberg dazu ermutigen, eine Pionierrolle einzunehmen.

Insbesondere da anfängliche Investitionen nötig sind, fordern wir das Land Baden-Württemberg auf, sich beim Bund für eine entsprechende Ausweitung des Förderprogramms „Junges Wohnen“ einzusetzen und parallel die Einrichtung von Azubiwerken eigenständig zu fördern.

Außerdem soll eine strukturelle Verankerung von Azubiwerken durch die Einführung eines Auszubildendenwerksgesetzes geschehen.

Selbstbestimmtes Leben:

Vergütung:

Eine faire Ausbildung braucht faire Bedingungen. Deshalb fordern wir:

Das Land Baden-Württemberg soll sich für eine Bundesratsinitiative einsetzen, um die Mindestausbildungsvergütung deutlich auf 1.500 € Brutto zu erhöhen und diese künftig prozentual am Fachkräfteentgelt zu orientieren. Darüber hinaus ist gesetzlich sicherzustellen, dass für Auszubildende der jeweils gültige Branchentarifvertrag uneingeschränkt Anwendung findet.

Elternunabhängiges Bafög und BAB:

Das Bafög hat in seiner momentanen Gesetzgebung viele bürokratische Hürden.

Sei es von nötigen Unterlagen, die eingereicht werden müssen, bis zu langen Bearbeitungszeiten in den Verwaltungen.

Für weniger bürokratischen Aufwand beim Beantragungsprozess fordern wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg von der Landesregierung, dass sie sich für ein elternunabhängiges Bafög einsetzt.

Im gleichen Zug sind auch die bürokratischen Hürden beim BAB (Berufsausbildungsbeihilfe) abzubauen, indem das BAB elternunabhängig umgestaltet wird.

Eine Ausbildung muss für alle finanziell auch ohne Nebenjob möglich sein. Ebenso muss die finanzielle Sicherheit bei steigender Inflation und Lebenshaltungskosten gewährleistet sein. Dies ist ein elementarer Bestandteil einer guten Ausbildung und trägt erheblich dazu bei, einen bestmöglichen Abschluss zu erzielen und so einen reibungslosen Einstieg ins Berufsleben sicherzustellen.

Schulische Berufsausbildungen:

Schulische Ausbildungen kosten in einigen Fällen noch Geld, daher fordern wir, insbesondere in Pflege-, Gesundheits- und Sozialberufen, die Etablierung strukturierter Kooperationen zwischen Fachschulen und Praxiseinrichtungen nach dem Vorbild dualer Studiengänge.

Dadurch soll nicht nur die Verbindung von Theorie und Praxis gestärkt, sondern auch die soziale Absicherung und Anerkennung der Auszubildenden verbessert werden.

Ziel ist es, faire Ausbildungsbedingungen, gleichwertige Perspektiven gegenüber dualen Ausbildungen und mehr Chancengleichheit im Zugang zu sozialen Berufen zu schaffen.

Ausbildungsqualität steigern:

Fond:

Um Ausbildung solidarisch zu finanzieren und nachhaltig zu sichern, fordern wir die Einführung eines Ausbildungssolidarfonds, wie bspw. in Bremen bereits umgesetzt.

Wir fordern, dass Unternehmen in Baden-Württemberg mit mehr als zehn Mitarbeitenden eine Umlage leisten, aus der ausbildende Betriebe eine Rückzahlung pro Auszubildenden erhalten.

Diese Mittel sollen gezielt in die Qualitätssteigerung der Ausbildung fließen und ebenso die Attraktivität der Betriebe als Ausbildungsorte erhöhen.

Berufsschulen:

Sanierung/Modernisierung der Berufsschulen:

Um dem Sanierungsstau der Berufsschulen entgegenzuwirken und somit den Kommunen unter die Arme zu greifen, fordern wir die weitergehende Bereitstellung von

Fördergeldern seitens des Landes für energetisch effiziente Sanierungsmaßnahmen, wie bereits im Jahr 2024 geschehen.

Auch sind nur mit gut ausgestatteten Berufsschulen eine angemessene Bildungsqualität und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmark gegeben. Entsprechend ist die Anschaffung von Arbeitsgeräten, die dem aktuellen Industriestandard entsprechen, ebenfalls zu fördern.

Somit reduzieren wir die Abhängigkeit von Förderungen durch betriebliche Kooperationspartner.

Digitalisierung:

Um die Digitalisierung konsequent auch an Berufsschulen umzusetzen, braucht es weitere Fördermittel, sowohl für den Ausbau digitaler Angebote als auch für die Qualifizierung von Lehrkräften, um diese digitalen Mittel auch zielgerichtet, sicher und sinnvoll in ihrem Unterricht einsetzen können.

Lehrkräfte:

Sodass der Lehrkräftebedarf an Berufsschulen weiterhin gedeckt bleiben kann, ist es unerlässlich einen Weg aus der beruflichen Praxis in die Berufsschule zu ermöglichen, gekoppelt an eine didaktische Ausbildung und kontinuierliche Weiterbildung der Quereinsteigenden.

Demokratiebildung in Berufsschulen:

Demokratiebildung muss in Berufsschulen einen lebensnahen und partizipativen Ansatz haben.

Wir fordern, dass Lehrkräfte darin qualifiziert werden, demokratiefeindliche Aussagen im Klassenraum zu identifizieren, zu entkräften und eine konstruktive Debattenkultur zu fördern, sowie für Diskriminierung und Diversität zu sensibilisieren.

Ebenso sollen parlamentarische und nicht parlamentarische Möglichkeiten der politischen Teilhabe mehr dargestellt werden, insbesondere gewerkschaftliche Organisation.

Die Zusammenarbeit mit Initiativen wie „Demokratie leben!“ (BMBFSFJ) oder Aktion Courage ist zu stärken, ebenso die Zusammenarbeit mit überparteilichen Institutionen wie dem Ring politischer Jugend.

115 Schulische Berufsausbildungen:

116 Duale und schulische Berufsausbildungen sollen ohne die Zuzahlung von Schul-,
117 Verwaltungs- oder Materialbeiträgen bewältigt werden können, außerdem muss das
118 Ausleihen und Nutzen von Materialien flächendeckend kostenlos werden.

119 Abschlussprüfungen:

120 Um eine faire und qualitativ hochwertige Prüfungsvorbereitung zu gewährleisten,
121 fordern wir, dass Ausbildungsverbände wie die IHK verpflichtet werden,
122 theoretische und praktische Altprüfungsaufgaben kostenlos, strukturiert und
123 öffentlich zugänglich bereitzustellen.

124 Auch fordern wir, die Betriebe zu verpflichten, ihren Auszubildenden während der
125 Arbeitszeit genügend Zeit zu geben, um sich auf die Abschlussprüfung
126 vorzubereiten. Die Erfassung dieser Zeit soll über geeignete
127 Nachweismöglichkeiten wie das Berichtsheft erfolgen.

128 Fehlzeitenregelung:

129 Bei Ausbildungen wird meistens die 10 % Fehlzeitenregelung genutzt, die vielfach
130 selbst zu einer erhöhten psychischen Belastung beiträgt.

131 Insbesondere bei Ausbildungen im sozialen Bereich bestehen nachweislich erhöhte
132 Krankheitsraten, weswegen es für Auszubildende in diesem Bereich eine hohe
133 Beanspruchung darstellt, diese Regelung einzuhalten.

134 Es müssen einfache, faire und flexible Lösungen geboten werden, um wichtige
135 Ausbildungsinhalte nachholen zu können. Für die Fehlzeitenregelung gibt es
136 momentan keine rechtliche Grundlage.

137 Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, eine Regelung bei diesem Thema zu
138 erarbeiten.

139 Antrag in einfacher Sprache:

140 Ausbildung in Baden-Württemberg besser machen!

141 Einleitung:

142 In Deutschland ist eine gute Ausbildung sehr wichtig.

143 Es ist wichtig, dass alle Menschen eine gute Ausbildung machen können, wenn sie
144 es möchten.

145 Das soll nicht abhängig sein, davon ob sie viel oder wenig Geld haben.

146 Wir wollen, dass junge Menschen eine gute Zukunft haben.

147 Dafür müssen wir die Ausbildung verbessern.

148 Wir haben dazu Vorschläge gemacht.

149 Wohnen für Auszubildende:

150 In vielen Städten sind die Mieten sehr hoch.

151 Das macht es schwer für Azubis, eine Wohnung zu finden.

152 Deshalb wollen wir mehr Wohnungen für Azubis bauen.

153 Und wir wollen dass, das Wohnen während einer Ausbildung mit Geld unterstützt
154 wird.

155 Es gibt schon Städte, die das machen.

156 Das soll auch in Baden-Württemberg passieren.

157 Wir wollen auch, dass das Land Baden-Württemberg mehr Geld für die aufgelisteten
158 Punkte gibt.

159 Selbstbestimmtes Leben:

160 Wir möchten, dass Azubis mindestens 1.500 Euro im Monat bekommen.

161 Und dass Auszubildende das Geld bekommen, was in ihrer Branche normal ist.

162 Auch wenn es mehr als 1.500 € ist.

163 Bafög und BAB:

164 Es gibt ein Geld, das heißt Bafög.

165 Das soll eigentlich Studentinnen und Studenten unterstützen. Die Beantragung ist
166 aber sehr kompliziert. Außerdem werden nicht alle unterstützt.

167 Wir wollen, dass alle die Unterstützung erhalten können. Es soll einfacher sein,
168 das Geld zu beantragen.

169 Es gibt ein Geld, das heißt BAB (Berufsausbildungs-Beihilfe).

170 Das ist für Azubis, die Beantragung ist auch kompliziert.

171 Wir wollen das man das auch bekommt, ohne das es von den Eltern abhängt.

172 Diese Gelder sollen helfen, dass man von dem Gehalt in einer Ausbildung leben
173 kann.

174 Das ist besonders wichtig, wenn alles teurer wird.

175 Schulische Berufsausbildungen:

176 Manche Ausbildungen kosten Geld. Das sind meistens sogenannte schulische
177 Ausbildungen.

178 Das finden wir nicht gut.

179 Wir wollen, dass diese Ausbildungen kostenlos sind.

180 Wir wollen auch, dass die Schulen und die Arbeitsplätze besser zusammenarbeiten.

181 Das soll helfen, dass man während einer Ausbildung bei der Arbeit lernt und in
182 der Schule lernt und auch dabei Geld bekommt.

183 Ausbildungsqualität steigern:

184 Wir wollen, dass Firmen Geld hergeben.

185 Dieses Geld soll dann benutzt werden, um Ausbildungen zu verbessern.

186 Das soll auch die Firmen besser machen.

187 Schulen:

188 Die Berufsschulen müssen repariert werden.

189 Sie sollen auch besser ausgestattet werden.

190 Das ist wichtig, damit alle die gleichen Chancen haben, egal auf welche Schule
191 sie gehen.

192 Wir wollen auch, dass die Schulen digital besser werden.

193 Die Lehrerinnen und Lehrer sollen lernen, wie sie Computer im Unterricht
194 benutzen können.

195 Das ist wichtig für eine gute Bildung.

196 Demokratie in Schulen:

197 Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schule mehr über Demokratie
198 lernen.

199 Lehrkräfte sollen lernen, wie sie über Demokratie sprechen können.

200 Die Schulen sollen mit Organisationen arbeiten, die sich für Demokratie
201 einsetzen.

202 Schulische Berufsausbildungen:

203 Die Schulen sollen kostenlos sein. Wenn Materialien während der Ausbildung
204 genutzt werden, sollen diese auch nichts kosten.

205 Prüfungen:

206 Wir wollen, dass alle Azubis gut auf ihre Prüfungen vorbereitet sind.

207 Es soll genügend Zeit für Vorbereitung geben.

208 Die Prüfungsaufgaben sollen kostenlos für alle sein.

209 Fehlen in der Ausbildung:

210 Manchmal können Azubis nicht zur Arbeit kommen.

211 Das kann zum Beispiel passieren, wenn sie krank sind.

212 Es soll einfache Möglichkeiten geben, den verpassten Unterricht nachzuholen.

Begründung

Die Ausbildung ist ein Markenzeichen Baden-Württembergs – sie verdient politische Priorität.

Mit unserem Antrag wollen wir sicherstellen, dass Ausbildung echte Aufstiegschancen bietet – unabhängig von Herkunft und Einkommen.

Azubiwerke sollen Auszubildenden Wohnraum, Beratung und Teilhabe ermöglichen.

Ein Ausbildungssolidarfonds stärkt die Qualität und macht Betriebe zukunftsfähig.

Elternunabhängige Förderungen wie BAföG und BAB schaffen Chancengleichheit.

Gut ausgestattete Berufsschulen und moderne Lernbedingungen sichern Bildungsqualität.

Digitalisierung und Demokratiebildung müssen auch in der beruflichen Bildung selbstverständlich werden.

Faire Vergütungen und verlässliche Prüfungsbedingungen sind Grundpfeiler guter Ausbildung.

Unser Antrag bündelt konkrete Maßnahmen für gerechte, nachhaltige Ausbildungsbedingungen.

Wir schaffen somit weitere Zukunftsperspektiven für junge Menschen.

Weiteres erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Benjamin Böge (KV Mannheim), Flora Wagner, Thomas Zhou, Daniel Halfmann (KV Freiburg), Hosea Ndaula, Finn Schwarz, Patrick Weiß, Raphael Thang Uddin